

24-Millionen-Geschenk an die Hausbesitzer

Keine Mittel zum Wohnungsbau — aber Millionen für die Hausbesitzer

Bei der Beratung des Staats des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums im Haushaltungsausschuss A des Sachsen Landtages am Mittwoch, dem 27. April, standen die Wohnungsbauanträge der Kommunistischen Sozialdemokraten und Demokraten zur Abstimmung. Die Kommunisten beantragten, daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, welcher ein großes Wohnungsbauprogramm vorstellt. Um dem Kriegswunder auf dem Baustoffmarkt zu begegnen, fordert die kommunistische Fraktion die Verstaatlichung der Baustoffe und der in Sachsen vorhandenen sonstigen Baustoffquellen. Die Baustofffirma soll von den Gemeinden in Gemeinschaftschaften mit den Gewerkschaften, Genossenschaften und proletarischen Siedler- und Mietver囗nigungen durchgeführt werden. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind in der selben Höhe der Aussumme zu bewilligen. Zur l鋘gerfristigen Linderung der Wohnungsnott ist die Beschaffung der groben Wohnungen und leerstehenden Villen im Verordnungsweg festzusetzen. Die dadurch freierwerdenden Wohnungen sind unter hinzuweisende von Vertretern der Mietver囗nigungen an Wohnungssuchende zu verteilen.

Auf eine Anfrage des Genossen Bötticher über die Beträge, die aus der 10-prozentigen Erhöhung der Mietzinsteuer fließen, teilte Arbeitsminister Eisner mit:

dah aus der 10-prozentigen Erhöhung der Mietzinsteuer am 1. April 18 000 000 RM dem Wohnungsbau zufüßen und dah 24 000 000 RM der Hausbesitzerantstand beträgt.

Diese 24 000 000 RM werden dem Wohnungsbau entnommen! Die Hausbesitzer fließen sich damit die Taschen. Schon jetzt sind zahlreiche Fälle eingetreten, wo Gemeinden und Kleingewerbetreibende ausgenommen werden, infolge Mangel an Mitteln.

Nach den Mitteilungen des Arbeitsministers sollen 1927 in Sachsen 17 000 bis 18 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Angeblich steht für den Wohnungsbau ein Vermögenswert von 100 000 000 RM für das Jahr 1927 zur Verfüzung. Es liegen noch weitere 30 000 000 RM auf dem Unleihewege für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden.

Genosse Bötticher

begründet die Anteilnahme der kommunistischen Fraktion. In der letzten Nummer der „Kunst- und Hausbauzeitung für Sachsen“ (Nummer 4) triumphierten die großen Haushalte über die Wohnungsverordnung des Arbeitsministers Eisner. Ein Aufruf des Verbands der Sächsischen Grund- und Hausbauherrenvereine erläutert:

Mit der Verordnung der sächsischen Staatsregierung ist die erste Preise in die Raumplanwirtschaft in Sachsen abgesunken und der erste Schritt zur Wiederkehr freier Vertragsverhältnisse getan. Die wichtige und dringliche Aufgabe der Opposition ist es nun, das in Kürze, sicher Arbeit Erzeugende zu behaupten, um auf diese Weise die fünftige soziale Befreiung der Zwangsarbeitschaft vorzubereiten und zu rechtsurteilen.“

Der Aufruf der Mietzinsteuerer ermahnt anschließend die Hausbesitzer, es mit den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden nicht in toll zu treiben, damit der Widerstand nicht zu groß werde. Es sollen keine Mietzinsabnahmen vorgenommen werden. Der Hausmarkt und die Produktionsweise der Klein- und Gewerbetreibenden und Kleinbauern soll nach und nach erfolgen.

Die Mietzinspolitik der Baustoffindustrie,

Genosse Bötticher wie in seinen weiteren Aussführungen auf die preiswerte Mietzinspolitik der Baustoffindustrie und Kartelle hin. Mit Ziegelsteinen, Zement, Bausol und Lehm überbaut mit allem Baumaterial wird der sächsische Bauer vorrichten. Der erste Teil der aus der Mietzinsteuer aufzubringenden Mittel steht den Hausbesitzern zu. Was noch übrig bleibt, das erraffen die Kartelle und Sonderfeste. Die unerhörte Vereuerung der Neubauten ist die Folge.

Ziegel, die vor dem Krieg 16 Pfennig kosteten, kosten im Jahre 1926 24 Pfennig. Heute beträgt der Ziegelpreis 40 bis 45 Pfennig.

Die Ziegelproduktion im Ziegelgremiobereich beträgt nur 1 Prozent. Der Stadtbaurat Wagner, Berlin, ist zu der Feststellung veranlagt worden, daß der jetzige Ziegelpreis in Berlin um 20 Prozent über einem jahrmittigen normalen Preis steht. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß dort, wo Ziegelstein in Gemeindebereich betrieben werden, die Ziegelsteine in der Zone sind, mindestens 10 Prozent billiger zu liefern, wie die Ziegelkartelle. Bei einem Ausbau der staatlichen Baustoffversorgung läuft sich der Produktionspreis für Ziegel noch bedeutend weiter herabsetzen.

Abg. Hartrich (SPD)

eine Erklärung abgegeben, in welcher er behauptet, der Genosse Dr. Schmid habe dem damaligen Stellvertreter der Demokratie gelagert, er werde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis der Sozialdemokratie betreten. Ein Verlust des Genossen Dr. Schmid, dieser verleumderischen Behauptung sofort entgegenzutreten, wird vom Präsidenten Schwarz verhindert!

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen eine Anzahl Anträge, die sich mit Steuerfragen beschäftigen. Fast alle Parteien beantragen die Änderung der Grunde- und Gewerbesteuer.

Genosse Renner

begründet die Forderung der Kommunisten, die in einem Antrage verlangen, daß alle Kleinbauern und Klein gewerbetreibenden, deren jährliches Einkommen 5000 RM nicht übersteigt, von der Grunde- und Gewerbesteuer befreit werden und daß eine höhere Belastung der großen Besitzer und der großen Kapitalherrschaft herbeiführt wird. In einem weiteren Antrage verlangt die kommunistische Fraktion das Verbot der Zufliegserhebung der Gemeinden auf die Grunde- und Gewerbesteuer sowie die Aufhebung einer Verordnung nach welcher solche Gemeinden keine Mittel aus dem Haushaltsgesetz erhalten, die keine Zuflüsse erheben. Zur Entlastung der Gemeinden sollen größere Anteile den Gemeinden aus den Einkommen und Beleidsteuern zur Verfügung gestellt werden; außerdem soll den Gemeinden sofort der gesamte Ertrag der Haushaltsteuer für kommunalen Wohnungsbau überwiesen werden.

Mit eindrückendem Material belegt Genosse Renner die Berechtigung unserer Anträge und zeigt dabei den Charakter der Grunde-, Gewerbe- und Mietzinsteuer, die tatsächlich

Der Wucher der sächsischen Bürgerbaudirektion mit Bauholz.

In seinen weiteren Aussführungen weist Genosse Bötticher darauf hin, daß die läufige Regierung nicht nur nichts tut, um dem Wucher auf dem Baustoffmarkt entgegenzuwirken, sondern daß sie im Gegenteil den Wuchern mit einem Beispiel vorstreckt. Das trifft zu auf den Holzmarkt. Die läufige Regierung verfügt über die Hoheitsstände der staatlichen Forsten. Holzauktionen werden in Sachsen nur abgehalten, wenn die Preise günstig sind. Ist ein Wuchs der Preise zu beobachten oder werden bei Auktionen nicht genügend hohe Angebote gemacht, dann breicht die Regierung die Auktionen ohne weiteres ab und wirkt auf gänzliche Verkaufsgelenkenheit. Die von den Kommunisten schon immer geforderte Belieferung der Gemeinden und Gemeindewohnungen mit billigem Bauholz durch die Regierung ist immer wieder abgelehnt worden. Die Regierung hat die Aufgabe auf dem Holzmarkt nicht preisstreibend, sondern preisfestend zu wissen. Die Bürgerbaudirektion nutzt die Konjunktur auf dem Baustoffmarkt ebenso rücksichtslos und brutal aus, wie die ehemaligen Baustoffindustrien. Die Regierung unterstützt damit den Baustoffwucher. Von einem Einzelnen des Staatsamtes gegen diese Wucherpolitik ist nicht das vermoht zu spüren. Die Regierung braucht die Justiz nur im Kampfe gegen die Arbeiter.

Die Regierung bestätigt die Anklagen der Kommunisten.

Oberbaurat Rinnaner — als Regierungsvorsteher — mußte schließlich den Vorlesungen des Genossen Bötticher in vollem Umfange die Wucherpolitik der Kartelle beklären. Seit die Vereinshausstellen im Jahre 1921 aufzuhören wären, habe die Regierung seine Handhabe mehr auf die Preisbildung einzunehmen. Es sei Tatsache, daß jetzt völlig ungerechtfertigte Preise für Baustoffe geladen werden.

Sachsen hat gegenwärtig die höchsten Ziegelpreise in Deutschland. Der Kartellpreis für Ziegel beträgt in Dresden 11 bis 12 RM.

Es ist festgestellt, daß der Verkaufspreis aus gemeinnützigen Altenheimen weit unter dem Verkaufspreis der Kartellunternehmen liegt. Von durchgreifenden Maßnahmen der Regierung konnte natürlich auch der Regierungsvorsteher nichts berichten. Er erklärte schließlich, die Mittel für den Ankauf von Baumaterial sollten nicht auf einmal ausgeschöpft, sondern über das ganze Jahr verteilt werden. Auch das Reichsbauministerium hat nichts weiter wie diesen Ratgeber zu vernehmen. Die Regierung hat sich nicht auf die Preisbildung der Kartelle konzentriert, sondern auf die Preisbildung der Kleinstbauern und Kleingewerbetreibenden.

Der Finanzminister Weber konnte auf die Anklagen des Genossen Bötticher über die Holzpreispolitik der Regierung nur eine Verteidigung kommen, daß er nicht imilde sei und später über die Holzpreisentstehung Auskunft geben werde.

Bon einer Reihe weiterer Redner wurden die Ausschreibungen der Kommunisten über die Wucherpolitik der Kartelle bestätigt.

Die Wohnungsbauanträge der Kommunisten wurden von der Bürgerbaudirektion abgelehnt. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der im Jahre 1927 die Herstellung von mindestens 300000 Wohnungen an den läufigen Regierung fordert. Gleichermaßen bestätigt die Anklagen der Kommunisten.

Letztendlich gelangte ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme 50 000 000 RM zum Wohnungsbau auf dem Unleihewege aufzunehmen und das Geld zu den Bedingungen der Wucherstrafe einzuleiten.

Eine Blamage Blüchers und seines Regierungsknappes

Eisner.

Auf die Angriffe der Kommunisten über den zurückgelassenen Wohnungsbau in Sachsen führt sich der Arbeitsminister Eisner verpflichtet, ein Dokument auf den Dresdener Wohnungsbau zu legen (Was willst du nämlich Herr Blüher im Ausland erledigen?). Auf einen Zwischenfall der Kommunisten antwortete Eisner, eine Statistik über den Reichswohnungsbauplan überhaupt nicht vorhanden. Daraufhin muhte sich Eisner aus dem kritischem Jahrbuch für das Deutsche Reich 1925 von den Kommunisten nachwählen lassen, wie in den läufigen Städten verhältnismäßig wenig gegenüber den außerstädtischen Städten Neuwohnungen erstellt werden. Auf 1000 Einwohner entfiel im Jahre 1925 ein Rückgang an Wohnungen:

Dresden	1,7
Blauen i. B.	1,0
Waidau	2,0
Leipzig	2,4
Chebnitz	2,2
Kochum	3,8
Röhl (Rh.)	3,8
Beuthen, O.-S.	8,0
Gleiwitz	18,3
Bielefeld	5,0

Gegenüber diesen amtlichen statistischen Zahlen rückt Blüher und seine Trabanten schwächer. Das Zahlenmaterial weist eindeutig nach, daß in Sachsen der Wohnungsbau weit hinter dem Durchschnitt ist und daß aus politischen Gründen in Überflüsigen weit über den Durchschnitt gebaut wird.

Finanzminister Weber erklärte zum Schlus, daß es unmöglich sei, 50 000 000 RM für Bauarbeiten bereitzustellen. Es werde kaum gelingen, die vom Arbeitsministerium angeforderten 30 000 000 RM herbeizuführen. Die 40 000 000 RM, welche der läufigen Regierung jetzt knapp unterstehen, und nach gebracht werden. Es wird also auch in dieser Frage wieder losgelöst, wie es bei allen Fragen, die die Werkstätten betreffen, letzter im Landtag gegenangetragen: der Landtag beschließt und die Regierung stellt auf die Beschlüsse des Landtags.

Für die Arbeiterschaft, die breiten Schichten der Werkstätten, Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinbauern muß die Stellungnahme der läufigen Regierung zur Wohnungswirtschaft eine neue Aufforderung zum kämpfenden Kampf sein. Sammelt und organisiert zum wichtigen Protest auf dem Landestag gegen die Werkstätten Sachsen.

Wer bezahlt die Schmierhinteren?

Vorige Woche hat der Vorwärts angeblich geheime Initiativen der Kommunistischen Partei zum Stahlhelmverband veröffentlicht und daran die Folgerung getroffen, die Kommunisten wollen Preisaufstellungen, wollen ein Blutbad, wollen Arbeitermord. In den Institutionen stand aber doch die Kommunistische Partei daran, den Stahlhelm anzutreten. In den Institutionen stand, daß die Abwehr des Stahlhelmaufmarsches nur möglich ist durch eine Massenmobilisation der gesamten Arbeiterschaft. Der Vorwärts aber will nicht, daß die Arbeiter einig und geschlossen gegen den Stahlhelm marschieren, und wenn er schon das nicht verhindern kann, so verucht er, den Stahlhelmern das Handwerk zu erleichtern, damit sie unter sozialdemokratischer Rücksicht auf die Arbeiter niederknallen können.

Der Stahlhelm hat sich für die Herstellung des Vorwärts bekehrt und in der letzten Stahlhelmsitzung war der Verteilteil des Lobsoll für die verhinderten Sozialdemokraten und ihre noch vernünftigeren Innensenatoren.

Die sozialdemokratisch-demokratische Presse, die zuerst nicht wußte, wie sie den Stahlhelmaufmarsch ermöglichen sollte, ist in die Vorwärts-Linie vollkommen eingeschwenkt. Ein Berliner Montagblatt, der Montag-Morgen, läßt sich heute „von einer Verlässlichkeit, die durch ihre amtliche Stellung und ihre parteipolitische Neutralität besonders beachtung beanspruchen darf“, einen leitenden Artikel schreiben, wonit – ganz im Stil und Ton des Vorwärts – nicht mehr und nicht weniger behauptet wird, daß es durch die „Verbekung“ durch die Kommunisten am 7. und 8. Mai zu Zusammenstößen kommen muß.

Muß es zu Zusammenstößen kommen?

Wer die Anschuldigungen der Kommunistischen Partei, die der Vorwärts veröffentlicht, hört, sieht daran, daß wir nicht soviel wie die Stahlhelmbanditen wollen, heißt klar daran, daß wir uns gegen Anschläge der Stahlhelmbanditen wehren. Das ist für jeden Arbeiter so leichtverständlich, daß er darüber keine theoretische Auseinandersetzung zu leisten braucht. Für die Schmierhinteren in den sozialdemokratischen und demokratischen Redaktionen aber ist es nicht leichtverständlich, sich zu wehren, sondern die Stahlhelmer anzugreifen zu lassen.

Allerdings wenn es nach dem Willen demokratisch-sozialdemokratischer Schreiber, sozialdemokratischer Komitee und Mitglieder geht, muß es zu Zusammenstößen kommen. Diese Leute wollen das eine, daß sie mit ihrer Politik den Aufmarsch der Stahlhelmbanditen nicht verhindern können. Sie wollen das auch gar nicht. War sie aber verhindern müssen, ist doch die Arbeiterklasse einig und gemeinsam gegen das faschistische Gejüdel aufgestellt. Sie treiben dieselbe Politik, wie die italienischen Sozialdemokraten 1921.

Die Einheit der Arbeiter ist aber vorhanden. Sie muß zerstört werden, indem die sozialdemokratischen Politiker die Amorphie schaffen, die die Stahlhelmer zu Preisaufstellungen ermuntern, damit sie, die Sozialdemokraten, hinterher schreiben können, daß an diesen Zusammenstößen die „Vutschatik“, die „Preisaufstellungsstrik“ der Kommunisten schuld ist.

Die Kommunistische Partei hat sich in ihrem Kampf gegen das faschistische Gelingen verteidigt. Jeder Arbeiter hat gelehrt – wie das Vorbringe von Richterfelder beweist –, daß die Kommunisten als Vortrupp der Arbeiterklasse von den faschistischen Strömen angegriffen werden. Die Kommunistische Partei soll bestellt hoffen werden. Darm, das Geschrei über Revolutionstatistik, darum das Geschrei über Zusammenstöße, die sie kommen müssen.

Die Schreiberhelden des Montag-Morgen wagt die Freiheit, die Frage aufzumachen: „Gibt die Kommunistenführer bezahlte Propagandisten?“ Die Arbeiter werden ihrerseits mit der Gegenfrage aufwarten müssen, ob nicht der Stahlhelm und seine Hinterher die Schreiberhelden aus den sozialdemokratisch-demokratischen Redaktionen bezahlt. Denn ihre Propagandisten und Anhänger, ihre Politik und ihr Geschrei müssen dem Stahlhelm und schädigen die Arbeiter. Warum soll der Stahlhelm schließlich nicht ein paar bezahlte Schreiberhelden in dieser Redaktion haben?

**120 000
neue Parteimitglieder
in einem Jahr, das ist
der Auftakt des Parteitags
Werbt Parteimitglieder und Zeitungsleser!**

Rampf der Kommunisten gegen die Steuerschlinge

Landtagssitzung vom 28. April 1927

Vor Einführung in die Tagesordnung gibt Genosse Renner die vom Landtagspräsidenten Schwarz in der vorigen Sitzung verhinderte kommunistische Erklärung gegen die Mietzinsverordnung der Regierung ab, die wir bereits veröffentlicht haben.

Weiter wird vom Abg. Hartrich (SPD) eine Erklärung abgegeben, in welcher er behauptet, der Genosse Dr. Schmid habe dem damaligen Stellvertreter der Demokratie gelagert, er werde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis der Sozialdemokratie betreten. Ein Verlust des Genossen Dr. Schmid, dieser verleumderischen Behauptung sofort entgegenzutreten, wird vom Präsidenten Schwarz verhindert!

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen eine Anzahl Anträge, die sich mit Steuerfragen beschäftigen. Fast alle Parteien beantragen die Änderung der Grunde- und Gewerbesteuer.

Genosse Renner

begründet die Forderung der Kommunisten, die in einem Antrage verlangen, daß alle Kleinbauern und Klein gewerbetreibenden, deren jährliches Einkommen 5000 RM nicht übersteigt, von der Grunde- und Gewerbesteuer befreit werden und daß eine höhere Belastung der großen Besitzer und der großen Kapitalherrschaft herbeiführt wird. In einem weiteren Antrage verlangt die kommunistische Fraktion das Verbot der Zufliegserhebung der Gemeinden auf die Grunde- und Gewerbesteuer sowie die Aufhebung einer Verordnung nach welcher solche Gemeinden keine Mittel aus dem Haushaltsgesetz erhalten, die keine Zuflüsse erheben. Zur Entlastung der Gemeinden sollen größere Anteile den Gemeinden aus den Einkommen und Beleidsteuern zur Verfügung gestellt werden; außerdem soll den Gemeinden sofort der gesamte Ertrag der Haushaltsteuer für kommunalen Wohnungsbau überwiesen werden.

Mit eindrückendem Material belegt Genosse Renner die Berechtigung unserer Anträge und zeigt dabei den Charakter der Grunde-, Gewerbe- und Mietzinsteuer, die tatsächlich

nicht lediglich eine Belastung der werktätigen Schichten, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden vorstellt. Zahlreiche Beispiele beweisen, daß die Unternehmer, Hausbesitzer und Großagrarien dies sehr gut verstehen, diese Lasten auf die minderbemittelten Schichten abzumüllen. Dabei unterstreicht werden die Beispiele von den bürgerlichen Staatsapparat, der sich bei den Steuerfragen unverhüllt als Machtinstrument der bestehenden Klasse zeigt. Bezeichnend für die Furcht vor der Aufdeckung dieser Tatsache ist die Feindschaft der Deutschnationalen und des gesammelten Bürgertums.

gegen unsere Forderung auf Offenlegung der Steuerlisten und gegen den Antrag, der von der Reichsregierung eine statistische Aufstellung über die Einkommensteuerbelastungen, welche von den Rittergutsbesitzern bezahlt werden, und über die Steuerabfertigungen, welche diese ausnutzen, fordert. Die Furcht vor dieser Aufdeckung, weil dann von den von der Regierung erarbeiteten Kleinbauern und